

Amtsblatt der Europäischen Union

C 214



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

58. Jahrgang

30. Juni 2015

Inhalt

II Mitteilungen

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2015/C 214/01	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache M.7626 — CPPIB/Borealis/GICSI/ABP) ⁽¹⁾	1
---------------	--	---

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Rat

2015/C 214/02	Beschluss des Rates vom 26. Juni 2015 zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 im Zusammenhang mit dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013	2
---------------	---	---

Europäische Kommission

2015/C 214/03	Euro-Wechselkurs	3
---------------	------------------------	---

DE

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

2015/C 214/04	Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Union	4
2015/C 214/05	Mitteilung der Kommission über den Beginn der Anwendung des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln bzw. der Ursprungsprotokolle zur diagonalen Kumulierung zwischen den Vertragsparteien dieses Übereinkommens	5

V Bekanntmachungen

VERWALTUNGSVERFAHREN

Europäische Kommission

2015/C 214/06	Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Zuge des Mehrjahresarbeitsprogramms für die finanzielle Unterstützung im Bereich der transeuropäischen Energieinfrastruktur im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ für den Zeitraum 2014-2020 (Beschluss C(2015) 1363 der Kommission)	10
---------------	--	----

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2015/C 214/07	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache M.7632 — Nokia/Alcatel-Lucent) ⁽¹⁾	11
2015/C 214/08	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache M.7657 — Coop Genossenschaft/Swisscom/Eos Commerce JV) — Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall ⁽¹⁾	12
2015/C 214/09	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache M.7655 — Berkshire Hathaway/The Duracell Business) ⁽¹⁾	13

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache M.7626 — CPPIB/Borealis/GICSI/ABP)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2015/C 214/01)

Am 19. Juni 2015 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32015M7626 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

IV

*(Informationen)*INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 26. Juni 2015

zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 im Zusammenhang mit dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013

(2015/C 214/02)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314, in Verbindung mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 106a,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 41,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- Der Haushaltsplan der Union für das Haushaltsjahr 2015 wurde am 17. Dezember 2014 endgültig festgestellt ⁽²⁾.
- Die Kommission hat am 15. Januar 2015 einen Vorschlag mit dem Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 zum Gesamthaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 vorgelegt —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Einziges Artikel

Der Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 wurde am 26. Juni 2015 festgelegt.

Der vollständige Text kann über die Website des Rates unter <http://www.consilium.europa.eu/> eingesehen oder heruntergeladen werden.

Geschehen zu Brüssel am 26. Juni 2015.

Im Namen des Rates

Der Präsident

E. RINKĒVIČS

⁽¹⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 69 vom 13.3.2015, S. 1.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

29. Juni 2015

(2015/C 214/03)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,1133	CAD	Kanadischer Dollar		1,3776
JPY	Japanischer Yen		136,81	HKD	Hongkong-Dollar		8,6306
DKK	Dänische Krone		7,4604	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,6268
GBP	Pfund Sterling		0,70850	SGD	Singapur-Dollar		1,5016
SEK	Schwedische Krone		9,2447	KRW	Südkoreanischer Won		1 249,68
CHF	Schweizer Franken		1,0376	ZAR	Südafrikanischer Rand		13,6434
ISK	Isländische Krone			CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		6,9121
NOK	Norwegische Krone		8,8065	HRK	Kroatische Kuna		7,5887
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	IDR	Indonesische Rupiah		14 868,34
CZK	Tschechische Krone		27,246	MYR	Malaysischer Ringgit		4,2070
HUF	Ungarischer Forint		314,38	PHP	Philippinischer Peso		50,301
PLN	Polnischer Zloty		4,1893	RUB	Russischer Rubel		61,6025
RON	Rumänischer Leu		4,4888	THB	Thailändischer Baht		37,635
TRY	Türkische Lira		2,9905	BRL	Brasilianischer Real		3,4959
AUD	Australischer Dollar		1,4526	MXN	Mexikanischer Peso		17,3959
				INR	Indische Rupie		71,0695

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Union

(2015/C 214/04)

Gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates ⁽¹⁾ werden die Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Union ⁽²⁾ wie folgt geändert:

Auf Seite 53 wird nach dem bestehenden Text unter „Allgemeines“ der folgende Absatz eingefügt:

„Pasteurisierung ist in diesem Kapitel nicht zulässig, außer bei

- getrockneten Früchten und Nüssen dieses Kapitels;
- vorläufig haltbar gemachten Früchten und Nüssen der Position 0812;
- gefrorenen Früchten und Nüssen der Position 0811.

Sterilisierte Früchte und Nüsse gehören nicht zu diesen Kapitel (Position 2008 allgemein).“

⁽¹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1).

⁽²⁾ ABl. C 76 vom 4.3.2015, S. 1.

Mitteilung der Kommission über den Beginn der Anwendung des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln bzw. der Ursprungsprotokolle zur diagonalen Kumulierung zwischen den Vertragsparteien dieses Übereinkommens

(2015/C 214/05)

Zur Anwendung der diagonalen Ursprungskumulierung zwischen den Vertragsparteien ⁽¹⁾ des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln ⁽²⁾ (im Folgenden: „das Übereinkommen“) teilen die betreffenden Parteien einander über die Europäische Kommission die mit den anderen Parteien vereinbarten Ursprungsregeln mit.

Auf Grundlage dieser Mitteilungen ist aus den beigefügten Tabellen ersichtlich, ab wann eine diagonale Kumulierung Anwendung findet.

Die Datumsangaben in Tabelle 1 beziehen sich auf:

- den Beginn der Anwendung der diagonalen Kumulierung auf Grundlage von Anlage I Artikel 3 des Übereinkommens, wenn sich das betreffende Freihandelsabkommen auf das Übereinkommen bezieht. In diesem Fall steht vor dem Datum ein „(C)“;
- den Beginn der Anwendung der Ursprungsprotokolle zur diagonalen Kumulierung, die dem betreffenden Freihandelsabkommen beigefügt sind (in anderen Fällen).

Es sei daran erinnert, dass die diagonale Kumulierung nur zulässig ist, wenn die Partei der Endfertigung und die Partei der Endbestimmung mit allen am Erwerb der Ursprungseigenschaft beteiligten Parteien, d. h. mit den Parteien, in denen die verwendeten Vormaterialien ihren Ursprung haben, Freihandelsabkommen mit denselben Ursprungsregeln geschlossen haben. Vormaterialien mit Ursprung in einer Partei, die kein Abkommen mit der Partei der Endfertigung und der Partei der Endbestimmung geschlossen hat, sind als Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zu behandeln. Konkrete Beispiele hierfür werden in den Erläuterungen zu den Ursprungsprotokollen Paneuropa-Mittelmeer ⁽³⁾ gegeben.

Die Datumsangaben in Tabelle 2 beziehen sich auf das Datum der Anwendung der den Freihandelsabkommen zwischen der EU, der Türkei und den Teilnehmern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses der EU beigefügten Protokolle zu den Ursprungsregeln, die eine diagonale Kumulierung vorsehen. Sobald in ein Freihandelsabkommen zwischen in dieser Tabelle aufgeführten Parteien ein Verweis auf das Übereinkommen aufgenommen wird, ist in Tabelle 1 eine Datumsangabe eingesetzt worden, der ein „C“ vorangestellt ist.

Unter die Zollunion zwischen der EU und der Türkei fallende Vormaterialien mit Ursprung in der Türkei können als Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft zum Zweck der diagonalen Kumulierung zwischen der Europäischen Union und den an dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess beteiligten Ländern, mit denen Ursprungsprotokolle gelten, behandelt werden.

Für die in der Tabelle genannten Vertragsparteien gelten folgende Codes:

- | | |
|---|-----------|
| — Europäische Union | EU |
| — EFTA-Länder: | |
| — Island | IS |
| — Schweiz (einschließlich Liechtenstein) ⁽⁴⁾ | CH (+ LI) |
| — Norwegen | NO |
| — Färöer | FO |
| — Die Teilnehmer am Barcelona-Prozess: | |
| — Ägypten | EG |
| — Algerien | DZ |
| — Israel | IL |
| — Jordanien | JO |

⁽¹⁾ Vertragsparteien sind die Europäische Union, Albanien, Algerien, Bosnien und Herzegowina, Ägypten, die Färöer, Island, Israel, Jordanien, Kosovo (gemäß der Resolution 1244(1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen), Libanon, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Marokko, Norwegen, Serbien, die Schweiz (einschließlich Liechtensteins), Syrien, Tunesien, die Türkei sowie das Westjordanland und der Gazastreifen.

⁽²⁾ ABl. L 54 vom 26.2.2013, S. 4.

⁽³⁾ ABl. C 83 vom 17.4.2007, S. 1.

⁽⁴⁾ Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein bilden eine Zollunion.

— Libanon	LB
— Marokko	MA
— Syrien	SY
— Tunesien	TN
— Westjordanland und Gazastreifen	PS
— Türkei	TR
— Die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU teilnehmenden Staaten:	
— Albanien	AL
— Bosnien und Herzegowina	BA
— ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	MK ⁽¹⁾
— Montenegro	ME
— Serbien	RS
— Kosovo (*)	KO

Diese Mitteilung ersetzt die Mitteilung 2015/C 22/03 (ABl. C 22 vom 23.1.2015, S. 3).

(*) Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

(1) ISO-Code 3166. Vorläufiger Code, der der endgültigen Benennung des Landes, die nach Abschluss der laufenden Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen festgelegt wird, nicht vorgreift.

Tabelle 1

Beginn der Anwendung der Ursprungsregeln zur diagonalen Kumulierung in der Paneuropa-Mittelmeer-Zone

		EFTA-Länder				Teilnehmer am Barcelona-Prozess											Teilnehmer am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU					
	EU	CH (+ LI)	IS	NO	FO	DZ	EG	IL	JO	LB	MA	PS	SY	TN	TR	AL	BA	KO	ME	MK	RS	
EU		1.1. 2006	1.1. 2006 (C) 1.5. 2015	1.1. 2006 (C) 1.5. 2015	1.12. 2005 (C) 12.5. 2015	1.11. 2007	1.3. 2006	1.1. 2006	1.7. 2006		1.12. 2005	1.7. 2009		1.8. 2006	(¹)	(C) 1.5. 2015			(C) 1.2. 2015		(C) 1.2. 2015	
CH (+ LI)	1.1. 2006		1.8. 2005 (C) 1.7. 2013	1.8. 2005 (C) 1.7. 2013	1.1. 2006		1.8. 2007	1.7. 2005	17.7. 2007	1.1. 2007	1.3. 2005			1.6. 2005	1.9. 2007		(C) 1.1. 2015		(C) 1.9. 2012			
IS	1.1. 2006 (C) 1.5. 2015	1.8. 2005 (C) 1.7. 2013		1.8. 2005 (C) 1.7. 2013	1.11. 2005		1.8. 2007	1.7. 2005	17.7. 2007	1.1. 2007	1.3. 2005			1.3. 2006	1.9. 2007		(C) 1.1. 2015		(C) 1.10. 2012			
NO	1.1. 2006 (C) 1.5. 2015	1.8. 2005 (C) 1.7. 2013	1.8. 2005 (C) 1.7. 2013		1.12. 2005		1.8. 2007	1.7. 2005	17.7. 2007	1.1. 2007	1.3. 2005			1.8. 2005	1.9. 2007		(C) 1.1. 2015		(C) 1.11. 2012			
FO	1.12. 2005 (C) 12.5. 2015	1.1. 2006	1.11. 2005	1.12. 2005																		
DZ	1.11. 2007																					
EG	1.3. 2006	1.8. 2007	1.8. 2007	1.8. 2007					6.7. 2006		6.7. 2006			6.7. 2006	1.3. 2007							

		EFTA-Länder				Teilnehmer am Barcelona-Prozess											Teilnehmer am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU					
	EU	CH (+ LI)	IS	NO	FO	DZ	EG	IL	JO	LB	MA	PS	SY	TN	TR	AL	BA	KO	ME	MK	RS	
IL	1.1. 2006	1.7. 2005	1.7. 2005	1.7. 2005					9.2. 2006						1.3. 2006							
JO	1.7. 2006	17.7. 2007	17.7. 2007	17.7. 2007			6.7. 2006	9.2. 2006			6.7. 2006			6.7. 2006	1.3. 2011							
LB		1.1. 2007	1.1. 2007	1.1. 2007																		
MA	1.12. 2005	1.3. 2005	1.3. 2005	1.3. 2005			6.7. 2006		6.7. 2006					6.7. 2006	1.1. 2006							
PS	1.7. 2009																					
SY															1.1. 2007							
TN	1.8. 2006	1.6. 2005	1.3. 2006	1.8. 2005			6.7. 2006		6.7. 2006		6.7. 2006				1.7. 2005							
TR	(¹)	1.9. 2007	1.9. 2007	1.9. 2007			1.3. 2007	1.3. 2006	1.3. 2011		1.1. 2006		1.1. 2007	1.7. 2005								
AL	(C) 1.5. 2015																(C) 1.2. 2015		(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	
BA		(C) 1.1. 2015	(C) 1.1. 2015	(C) 1.1. 2015												(C) 1.2. 2015			(C) 1.2. 2015	(C) 1.2. 2015	(C) 1.2. 2015	
KO																						
ME	(C) 1.2. 2015	(C) 1.9. 2012	(C) 1.10. 2012	(C) 1.11. 2012												(C) 1.4. 2014	(C) 1.2. 2015			(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014	

		EFTA-Länder				Teilnehmer am Barcelona-Prozess											Teilnehmer am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU					
	EU	CH (+ LI)	IS	NO	FO	DZ	EG	IL	JO	LB	MA	PS	SY	TN	TR	AL	BA	KO	ME	MK	RS	
MK																(C) 1.4. 2014	(C) 1.2. 2015		(C) 1.4. 2014		(C) 1.4. 2014	
RS	(C) 1.2. 2015															(C) 1.4. 2014	(C) 1.2. 2015		(C) 1.4. 2014	(C) 1.4. 2014		

(¹) Für Waren, die unter die Zollunion EU-Türkei fallen, ist das Beginndatum der 27. Juli 2006.

Für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist das Beginndatum der 1. Januar 2007.

Für Kohle und Stahlerzeugnisse ist das Beginndatum der 1. März 2009.

Tabelle 2

Beginn der Anwendung der Protokolle zu den Ursprungsregeln, die eine diagonale Kumulierung zwischen der Europäischen Union, Albanien, Bosnien und Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und der Türkei vorsehen

	EU	AL	BA	MK	ME	RS	TR
EU		1.1.2007	1.7.2008	1.1.2007	1.1.2008	8.12.2009	(¹)
AL	1.1.2007		22.11.2007	26.7.2007	26.7.2007	24.10.2007	1.8.2011
BA	1.7.2008	22.11.2007		22.11.2007	22.11.2007	22.11.2007	14.12.2011
MK	1.1.2007	26.7.2007	22.11.2007		26.7.2007	24.10.2007	1.7.2009
ME	1.1.2008	26.7.2007	22.11.2007	26.7.2007		24.10.2007	1.3.2010
RS	8.12.2009	24.10.2007	22.11.2007	24.10.2007	24.10.2007		1.9.2010
TR	(¹)	1.8.2011	14.12.2011	1.7.2009	1.3.2010	1.9.2010	

(¹) Für Waren, die unter die Zollunion EU-Türkei fallen, ist das Anfangsdatum der 27. Juli 2006.

V

(Bekanntmachungen)

VERWALTUNGSVERFAHREN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Zuge des Mehrjahresarbeitsprogramms für die finanzielle Unterstützung im Bereich der transeuropäischen Energieinfrastruktur im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ für den Zeitraum 2014-2020

(Beschluss C(2015) 1363 der Kommission)

(2015/C 214/06)

Hiermit ruft die Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission zur Einreichung von Vorschlägen im Hinblick auf die Vergabe von Finanzhilfen auf, die mit den Prioritäten und Zielen übereinstimmen, welche im Mehrjahresarbeitsprogramm im Bereich der transeuropäischen Energieinfrastruktur im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ für den Zeitraum 2014-2020 festgelegt sind.

Für die folgende Aufforderung werden Vorschläge erbeten:

CEF-Energy-2015-2

Für die im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählten Vorschläge stehen vorläufig 550 Mio. EUR zur Verfügung.

Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen endet am 30. September 2015.

Der vollständige Wortlaut der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen kann unter folgender Website abgerufen werden:

<https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility/cef-energy/apply-funding/cef-energy-second-call-proposals-2015>

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.7632 — Nokia/Alcatel-Lucent)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2015/C 214/07)

1. Am 19. Juni 2015 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Nokia Corporation („Nokia“, Finnland) übernimmt im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung im Wege eines öffentlichen Übernahmeangebots die Kontrolle über die Gesamtheit des Unternehmens Alcatel-Lucent SA („Alcatel-Lucent“, Frankreich).

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Nokia ist ein Anbieter von Mobilfunknetzausrüstung und damit verbundenen Diensten und außerdem in digitaler Kartierung mit entsprechenden Diensten tätig,

— Alcatel-Lucent ist ein Anbieter von Mobilfunk- und Festnetzausrüstung und damit verbundenen Diensten.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können bei der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens M.7632 — Nokia/Alcatel-Lucent per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.7657 — Coop Genossenschaft/Swisscom/Eos Commerce JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall
(Text von Bedeutung für den EWR)
(2015/C 214/08)

1. Am 19. Juni 2015 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Coop Genossenschaft (Schweiz), das zur Coop-Gruppe Genossenschaft („Coop-Gruppe“, Schweiz) gehört, und das Unternehmen Swisscom (Schweiz) AG („Swisscom“, Schweiz), das zur Gruppe Swisscom AG (Schweiz) gehört, übernehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen die gemeinsame Kontrolle über das Unternehmen Eos Commerce AG („Eos Commerce“, Schweiz).
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Coop-Gruppe: Betrieb von Supermärkten, Convenience Stores, Restaurants, Catering-Unternehmen und Tankstellen; Großhandel außerhalb der Schweiz; Produktion von Fleischerzeugnissen, Fischen und Meeresfrüchten sowie Convenience-Produkten;
 - Swisscom AG: Festnetz- und Mobilfunktelekommunikation, IT-, Internet- und TV-Dienste;
 - Eos Commerce: Entwicklung, Betrieb und Vermarktung eines Online-Marktplatzes, auf dem vor allem Kunden aus der Schweiz Waren und Dienstleistungen der Coop Genossenschaft, von Swisscom und von Dritten kaufen können.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor. Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽²⁾ infrage.
4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können bei der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens M.7657 — Coop Genossenschaft/Swisscom/Eos Commerce JV per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 366 vom 14.12.2013, S. 5.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.7655 — Berkshire Hathaway/The Duracell Business)
(Text von Bedeutung für den EWR)
(2015/C 214/09)

1. Am 23. Juni 2015 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Berkshire Hathaway Inc. („Berkshire Hathaway“, USA übernimmt im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen die alleinige Kontrolle über die weltweit tätige Sparte Duracell International Inc. („Duracell-Geschäft“) von The Procter & Gamble Company („P&G“, USA).

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Berkshire Hathaway: Holdinggesellschaft mit Tochtergesellschaften, die in einer Vielzahl von Geschäftsbereichen tätig sind, u. a. Versicherung und Rückversicherung, Schienengüterverkehr, Versorgung und Energie, Finanzierung, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen und Einzelhandel;
- Duracell-Geschäft: weltweites Geschäft für Herstellung und Vertrieb von Primärzellen und wiederaufladbaren Batterien, das derzeit von P&G geführt wird.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können bei der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens M.7655 — Berkshire Hathaway/The Duracell Business per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

